

04. Dezember 2024  
Parlamentarische Arbeit in den  
verbleibenden Sitzungswochen

## Wir fangen nicht an aufzuhören

### Konsequente Parlamentarische Arbeit bis zu den Neuwahlen im Februar

Trotz der bevorstehenden Neuwahlen und einer nicht vorhandenen Regierungsmehrheit, stecken wir als Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Kopf nicht in den Sand. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, dass wir die Zeit nutzen und konzentriert arbeiten, bis die Wahlperiode tatsächlich endet.

Wir haben noch **drei Sitzungswochen im Dezember 2024 (49. (aktuell) und 51. KW)** sowie im **Januar 2025 (5. KW)**. Außerdem gibt es zwei Präsenztage im Februar, davon ein Gremientag am 10. Februar und einen **Plenarsitzungstag am 11. Februar 2025**.

Klar ist: Um Gesetze abschließen zu können, brauchen wir die **Mehrheit der demokratischen Fraktionen**. Union und FDP haben bisher allerdings nur bei wenigen Gesetzentwürfen ihre Unterstützung zugesagt. So sind wir froh, dass wir sowohl bei der so wichtigen **Resilienz des Bundesverfassungsgerichtes** als auch der Fortsetzung des **Deutschlandtickets (Regionalisierungsgesetz)**, mit demokratischen Mehrheiten rechnen dürfen. Auch die **Auslandsmandate der Bundeswehr** dürfen mit mehrheitlicher Unterstützung der demokratischen Fraktionen rechnen.

Bei weiteren Initiativen ist die Unterstützung von Union und/oder FDP ungewiss. Aber, **wir hören nicht auf anzufangen und unsere Hand bleibt bis zum letzten Sitzungstag ausgestreckt**. Und das Ausstrecken der Hand bedeutet auf parlamentarisch: **Wir bringen wichtige Gesetze in erster Lesung in den Bundestag ein**. Das tun wir weiterhin gemeinsam mit der SPD-Fraktion, denn diese Koalition besteht fort. Dass Gesetze in erster Lesung eingebracht werden, ist die Voraussetzung für eine **Befassung im Ausschuss** und die anschließende **Schlussabstimmung in 2./3. Lesung im Bundestagsplenum**. Damit wir also noch in dieser Wahlperiode Gesetze abschließen können, müssen diese **spätestens in der 51. KW in erster Lesung** in den Bundestag eingebracht werden, damit sie nach einer **Ausschussbefassung Ende Januar in 2./3. Lesung** verabschiedet werden können.

Dafür braucht es allerdings die **Mehrheit der demokratischen Fraktionen**. Darum werden wir in den nächsten Wochen intensiv werben, denn es gibt noch viel zu tun für ein bezahlbares Leben, für mehr Sicherheit, für ein Land, das funktioniert. Stillstand ist keine Option für uns, denn der stärkt die Kräfte im Land, die die Grundlagen unseres freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates zerstören wollen.

## Agenda des Arbeitsparlaments

Es gibt noch viele wichtige kleinere und größere Gesetzesvorhaben. Prioritär werden Bündnis 90/Die Grünen noch dafür, folgende Gesetzesinitiativen umzusetzen:

### GEWALTHILFEGESETZ

Aktuell sind Frauenhäuser und Beratungsstellen oft prekär finanziert, und die Angebote variieren je nach Bundesland. Das Gewalthilfegesetz schafft eine bundeseinheitliche Regelung mit einem Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung für Gewaltbetroffene. Zudem beteiligt sich der Bund erstmals an der Finanzierung. Ziel ist ein flächendeckendes, bedarfsgerechtes Hilfesystem, das unabhängig von Einkommen oder Status allen Gewaltbetroffenen kostenlose Unterstützung bietet.

### REGIONALISIERUNGSGESETZ

Wie bereits erwähnt: Es deutet sich schon eine Mehrheit für den Fortbestand des Deutschlandtickets im Jahr 2025 an, das Mobilität für über 13 Millionen Nutzer\*innen bezahlbar macht. Wir sind offen für Gespräche, das Deutschlandticket dauerhaft zu sichern und beispielsweise noch familienfreundlicher zu gestalten.

### STEUERFORTENTWICKLUNGSGESETZ

Damit wollen wir Familien mit Kindern gezielt unterstützen und die Erhöhung des Kindergeldes sowie des Kindersozialzuschlags um jeweils 5 Euro je Monat schon ab Beginn des nächsten Jahres umsetzen. Mit dem Abbau der kalten Progression erreichen wir eine zentrale steuerliche Entlastung die allen Bürger\*innen zugutekommt. Außerdem enthält das Gesetz gezielte Investitionsanreize für unsere Wirtschaft.

### SCHUTZ VON MIETER\*INNEN DURCH DIE MIETPREISBREMSE

Wir setzen uns für ein Zuhause ein, das sich jede\*r leisten kann. Es ist längst überfällig, das Mietrecht dafür anzupacken und insbesondere die Mietpreisbremse zu verlängern. Das ist aktuell ganz besonders dringend für Menschen in Berlin, Hamburg, NRW und Baden-Württemberg - hier laufen die Verordnungen schon Mitte 2025 aus.

### Energiewende weiter voranbringen

Wir haben in der Energieversorgung eine neue Phase eingeläutet: Die Erneuerbaren erzeugen inzwischen den Löwenanteil unserer Energie und sichern damit maßgeblich unsere Versorgung. Das ist ein Riesenerfolg. Wir wollen hier mit großen Schritten beschleunigt vorangehen um das Ziel 100 Prozent Erneuerbare Wirklichkeit werden lassen. Das bedeutet auch, die Beschleunigung für Wasserstoff und Geothermie auf den Weg zu bringen.

## 04. Dezember 2024 Parlamentarische Arbeit in den verbleibenden Sitzungswochen

### **RESILIENZ BUNDESVERFASSUNGSGERICHT**

Es gehört zur klassischen Strategie autoritärer Kräfte, den Rechtsstaat auszuhöhlen und die unabhängige Justiz zu blockieren. Wir wollen die Unabhängigkeit des Bundesverfassungsgerichts stärken und dafür die Stellung des Bundesverfassungsgerichts durch eine Grundgesetzergänzung in der Verfassung selbst verankern.

### **FILMFÖRDERGESETZ**

Zusammen mit der Filmbranche wurde in den letzten Monaten intensiv auf das neue Filmförderungsgesetz hingearbeitet. Autor\*innen und Regisseur\*innen werden durch die Aufnahme in das Referenzfördersystem erstmalig am Erfolg eines Films beteiligt. Ein Scheitern der Reform wäre fatal, da der Produktionsstandort Deutschland durch ein Abwandern von Filmschaffenden in andere Länder stark gefährdet wäre.

### **KRITIS-DACHGESETZ UND STÄRKUNG IT-SICHERHEIT**

Sabotage an Unterseekabeln, Cyberangriffe auf Unternehmen der Daseinsvorsorge: Unser Land und unsere kritischen Infrastrukturen sind fast täglich hybriden Angriffen autoritärer Staaten wie Russland und China ausgesetzt. Mit dem KRITIS-Dachgesetz wollen wir die Sicherheit und Resilienz von kritischen Infrastrukturen stärken, ebenso mit dem „NIS II Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetz“, welches das deutsche IT-Sicherheitsrecht umfassend modernisiert und neu strukturiert.

### **TIERHALTUNGSKENNZEICHNUNGSGESETZ:**

Wir haben bereits eine Tierhaltungskennzeichnung für Schweinefleisch im Handel eingeführt. Das soll auf den gesamten Außer-Haus-Verkauf ausgeweitet werden: Restaurants, Imbisse, Kantinen, Schulen, Kitas, Krankenhäuser. Damit alle Menschen ab 2025 sehen, wie die Tiere gehalten wurden und gute Haltung auch entsprechend honorieren können.

### **PFLEGEFACHASSISTENZEINFÜHRUNGSGESETZ**

Das Pflegefachassistenzeinführungsgesetz soll die 27 verschiedenen Assistenzbildungen, die es zur Pflege in den Ländern gibt, vereinheitlichen und wird von den Ländern auch ausdrücklich gewünscht. Das Gesetz sieht unter anderem vor, dass den Auszubildenden in der Pflegefachassistenzausbildung eine angemessene Vergütung ausgezahlt wird. Das Gesetz ist ein wichtiger Schritt zur Gewinnung von Arbeits- und Fachkräften in der Pflege, der keinen Aufschub duldet.

### **FINANZKRIMINALITÄTSBEKÄMPFUNGSGESETZ**

Finanzkriminalität ist kein Kavaliersdelikt, sondern schadet uns allen. Mit dem Bundesamt zur Bekämpfung von Finanzkriminalität wollen wir daher eine schlagkräftige Behörde schaffen

und zusätzlich ein neues Ermittlungszentrum, das mit neuester Technik ausgestattet der Spur des Geldes folgt, um den „dicken Fischen“ der internationalen Finanzkriminalität das Handwerk zu legen.

#### **GESETZ ZUR ERRICHTUNG DER STIFTUNG GEDENKEN UND DOKUMENTATION NSU-KOMPLEX**

Über einen Zeitraum von fast 13 Jahren hat der sogenannte „Nationalsozialistische Untergrund“ (NSU) zehn Menschen ermordet, drei Bombenanschläge verübt und 15 Bank- und Raubüberfälle begangen. Wir wollen eine Stiftung mit dezentralen Gedenkorten zum Gedenken und zur Dokumentation des NSU-Komplexes errichten. Es sollte im Interesse aller demokratischer Fraktionen sein, diese Stiftung gemeinsam und zeitnah zu errichten.

#### **SECHSTES GESETZ ZUR VERBESSERUNG REHABILITIERUNGSRECHTLICHER VORSCHRIFTEN FÜR OPFER DER POLITISCHEN VERFOLGUNG IN DER EHEMALIGEN DDR**

Die Opfer der SED-Diktatur leiden bis heute an den oft schwerwiegenden Folgen. Viele sind mittlerweile hochbetagt. Wir wollen daher die Unterstützung der Betroffenen dringend verbessern, unter anderen durch Einführung eines bundesweiten Härtefallfonds. Das Gesetz sieht auch die Anpassung der Höhe der SED-Opferrente an die allgemeine Rentenentwicklung vor.

#### **ZEITENWENDE SICHERHEITSPOLITISCH UMSETZEN**

Wir wollen das Artikelgesetz zur weiteren Stärkung der personellen Einsatzbereitschaft, das Stationierungsabkommen mit Litauen über die Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich sowie den Gesetzentwurf über die Strafbarkeit der Ausübung von Tätigkeiten für fremde Mächte im Bundestag noch verabschieden. Wir werden auch darauf drängen, dass wichtige Beschaffungsvorhaben für die Bundeswehr noch vor dem Ende der Legislaturperiode beschlossen und Unterstützungsleistungen für die Ukraine finanziell abgesichert werden.

#### **EVALUATION UND FORTSETZUNG DEUTSCHER AUSLANDSEINSÄTZE**

Wir wollen über die befristete Fortsetzung von vier auslaufenden Auslandseinsätzen der Bundeswehr entscheiden (EUNAVFOR ASPIDES, UNMISS, SEA GUARDIAN, EUNAVFOR MED IRINI) sowie den 1. PUA und die Enquete-Kommission zum Afghanistaneinsatz abschließen.

#### **SPORTFÖRDERGESETZ**

Spitzensport ist wichtiger Bestandteil der Sportentwicklung in Deutschland. Die finanzielle Förderung für den Spitzensport muss effizienter und effektiver werden. Für zukünftige sportliche Erfolge müssen jetzt die Grundlagen gelegt werden. Zukünftig soll eine unabhängige Sportagentur die Begutachtung und Förderung des Spitzensports durchführen.

#### **GRUPPENVERFAHREN**

Zusätzlich zu den Gesetzentwürfen, die wir als Fraktion einbringen, gibt es weitere wichtige Initiativen, die im so genannten Gruppenverfahren eingebracht wurden. Über die

## 04. Dezember 2024 Parlamentarische Arbeit in den verbleibenden Sitzungswochen

Fraktionsgrenzen hinweg haben sich zu bestimmten Themen Vorhaben Gruppen gebildet, die ihre Gesetzesvorschläge in der verbleibenden Zeit auch noch umsetzen wollen.

### **DIE THEMEN SIND:**

- Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen
- Verbotsinitiativen zur AfD
- Organspende

Wir setzen uns dafür ein, dass die Verfahren noch gelesen und zum Abschluss gebracht werden können. Allerdings ist auch hier entscheidend, wie sich die anderen demokratischen Fraktionen verhalten.